

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	22
		TOP:	1
	Verhandlung	Drucksache:	65/2017
		GZ:	OB
Sitzungstermin:	16.03.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Kuhn		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	Memorandum Rosenstein und weiteres Vorgehen		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 21.02.2017, öffentlich, Nr. 63

Ergebnis: Einbringung

Ausschuss für Umwelt und Technik vom 14.03.2017, öffentlich, Nr. 88

Ergebnis: mehrheitliche Zustimmung bei 2 Gegenstimmen

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 13.02.2017, GRDRs 65/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Das vorliegende Memorandum wird als Ergebnis der Informellen Bürgerbeteiligung und Grundlage für den anschließenden Planungsprozess zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
2. Die vom Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung identifizierten Handlungsfelder des Memorandums und der bisherigen Bürgerbeteiligung werden als Grundlage für Anknüpfungspunkte der weiteren Planungen zur Kenntnis genommen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planungs- und Beteiligungsstrategie unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen ersten Maßnahmen zu erarbeiten.

OB Kuhn schickt voraus, die Bürgerbeteiligung sei wichtig und bedeutend gewesen und habe sich allgemein damit beschäftigt, was auf dem Rosenstein-Areal geschehen solle. Die Beteiligung hätte stärker sein können, jedoch hätten sich viele Gegner von Stuttgart 21 nicht beteiligt.

Als Ergebnis sei festzuhalten, dass sich die Beteiligten - verknüpft mit der IBA - ein sozial durchmischtes Gebiet mit bezahlbarem Wohnraum für alle gewünscht hätten, außerdem nachhaltiges Bauen, autofreie und Null-Energie-Quartiere sowie kulturelle Nutzung. Insbesondere in der Kinderbeteiligung, und von den Eltern unterstützt, sei immer wieder der Wunsch nach Wasser, z. B. als Teiche oder Bäche, geäußert worden.

Er stellt klar, dass die Beteiligung noch nicht zu Ende sei, sondern in weiteren Schritten konkreter fortgesetzt werden solle. Darüber hinaus betont er, dass die große Mehrheit im Gemeinderat, Landtag und auch bei den in der Beteiligung Aktiven große Wünsche und Hoffnungen in dieses Quartier setze. Immerhin handle es sich um das letzte Quartier, bei dem die Stadt in ihrer Mitte 85 ha gestalten könne. Damit diese Fläche möglichst schnell bespielt werden könne, müsse man schauen, dass S 21 möglichst schnell und qualitativ gebaut werde. In diesem Zusammenhang wendet er sich an die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS mit dem Hinweis, dass man einen Bahnhof nicht gleichzeitig bauen und nicht bauen könne. Mit der Legitimation durch den Volkstentcheid müsse man ihn nun bauen. Andernfalls hätten auch Projekte wie die IBA keinen Sinn.

Mit Blick auf den Beschluss weist er darauf hin, dass in diesem die im UTA vorgenommene zeitliche Veränderung aufgegriffen werde.

Die Vertreter der Fraktionen danken für die Ausführungen.

StR Kotz (CDU) lobt das Ergebnis der groß angelegten Bürgerbeteiligung. Es liege nun ein dickes Werk mit vielen Ideen, Wünschen, Forderungen und Anregungen zum Thema Rosenstein vor. Dabei habe man aber auch die Grenzen von Bürgerbeteiligungsprozessen erkannt, sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch in Bezug auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die, gerade weil es um eine Jahrhundertentwicklung gehe, ruhig zahlreicher hätten erscheinen dürfen, um die Stadtgesellschaft repräsentieren zu können. So hätten zum einen viele S 21-Gegner nicht teilgenommen, zum anderen sei es dem beauftragten Büro aber auch nicht besonders gut gelungen, gerade die Bürgerschaft zu aktivieren, die sonst typischerweise nicht an solchen Prozessen teilnehme. Hier habe sich seine Fraktion größere Hoffnungen gemacht.

Die Ergebnisse für dieses Gebiet wären seiner Ansicht nach an vielen anderen Orten in Deutschland nicht anders gewesen: durchmischtes, lebendiges Gebiet mit kleinen Läden, viel Grün und zugleich möglichst autofrei und mit Zufahrt zum Haus.

Mit dem Hinweis auf den gemeinsamen Antrag Nr. 68/2017 vom 10.03.2017 seiner Fraktion sowie der SPD, Freie Wähler und FDP appelliert er an die Verwaltung, nun "Tempo zu machen". Der mit der IBA zusammenhängende Ausstellungsraum in der Stuttgarter Innenstadt sollte aber nicht, wie von der Verwaltung angedacht, hinter dem Rathaus in der Eichstraße in den ehemaligen Räumen der Fa. Conrad Electronic eingerichtet werden, sondern in einer 1a-Lage, wie seit Jahren der Widerstandsstand der S 21-Gegner am Beginn der Fußgängerzone direkt gegenüber dem Hauptbahnhof. Er

bittet die Verwaltung, nochmals zu überprüfen, ob es nicht eine bessere Möglichkeit für den Ausstellungsraum gebe.

StRin Deparnay-Grunenberg (90/GRÜNE) spricht angesichts des leeren Raums, der beplant werden solle, von einem Spannungsbogen. Für eine neue Kultur der Planung brauche man den Sinn für Planung über längere Zeiträume und Nachhaltigkeit. In der Bürgerbeteiligung habe man angefangen, in Bezug auf die Fläche "den Zeitgeist zu sammeln". Sehr positiv bewertet sie die Sonderformate, bei denen die Arbeit vor Ort stattgefunden habe. Grundsätzlich hätte sie sich mehr bürgerschaftliches Engagement gewünscht, doch habe man jetzt eine gute Grundlage für die weitere Planung, die Beteiligung und die Entscheidungsprozesse. Natürlich gebe es auch in diesem Memorandum Widersprüchlichkeiten. Man wünsche sich z. B. Modellhaftes, gleichzeitig aber auch Kleinteiligkeit und Überschaubarkeit. Hier lerne man, die Prozesse - auch zeitlich - im Blick zu behalten. Immer wiederkehrende Themen seien viel Grün, Lebensqualität und Wasser, aber auch Innovation in den Planungsprozessen gewesen. Die Frage sei auch, ob man alles gleichzeitig planen müsse, oder ob das Quartier organisch wachsen werde. Der Gemeinderat habe jetzt und künftig eine hohe Verantwortung und müsse das Memorandum immer präsent haben.

Der Antrag Nr. 68/2017 habe in ihrer Fraktion Erstaunen ausgelöst. Es sei doch die übliche Vorgehensweise, dass die Verwaltung nach dem Memorandum nun konkrete Planungsschritte aufnehmen werde. Ihre Fraktion freue sich auch über den Ausstellungsraum in hervorragender Lage, wenn erst das Quartier hinter dem Rathaus durch den Neubau deutlich aufgewertet sein werde. Sie habe den Eindruck, dass man sich hier in einem Kulturwandel befinde.

Auch für StR Körner (SPD) wird sich der Ausstellungsraum in einer künftigen 1a-Lage befinden, zumal in unmittelbarer Nachbarschaft in der Nadlerstraße ein Hotel mit einer ansprechenden Erdgeschossenebene entstehen werde. Er unterstreicht nochmals die "gigantische Chance", die das Projekt in der Innenstadt städtebaulich biete. Vor allem sei damit auch die Chance auf viele neue Wohnungen verbunden. Im Weiteren begründet er den gemeinsamen Antrag.

In Bezug auf die Bürgerbeteiligung habe man gemerkt, dass diese auf breitere Beine gestellt werden müsse. Es müssten sich auch Familien mit Kindern beteiligen, für die jedoch Abendtermine schwierig seien, weshalb er für aufsuchende Beteiligung bzw. repräsentative Befragungen, z. B. nach dem Vorbild von Hamburg-Wilhelmsfeld, plädiere.

Wohnen für alle Einkommensschichten sei nur mit einer sozialen Bodenpolitik zu schaffen. Glücklicherweise gehörten der Stadt die Grundstücke, und es gebe einen Konsens, sie nicht meistbietend zu verkaufen. Wenn man überhaupt verkaufe, sollte ein relevanter Teil an die SWSG gehen. Seine Fraktion stimme der Vorlage mit großer Freude zu. Im Übrigen könne er nicht nachvollziehen, dass die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS auf dem Areal keine Wohnungen bauen wolle.

Im Namen seiner Fraktionsgemeinschaft bedankt sich StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) bei allen, die sich hier eingebracht haben. Dabei erinnert er an die offene Bürgerbeteiligung von 1997, die sehr umfangreich gewesen sei. Er kritisiert, dass die Ideen der Bürgerinnen und Bürger einfach in die Zukunft geschoben würden. An StR Körner gewandt verweist er auf Anträge seiner Fraktionsgemeinschaft zum Bau von Sozial-

wohnungen, die jedoch alle keine Mehrheit gefunden hätten. Aktuell fordere seine Fraktionsgemeinschaft die Schaffung von sozialem Wohnungsbau im Gebäude der Stadtkämmerei in der Schmalen Straße, wenn die Stadtkämmerei dort ausziehe. Man müsse über autoarme, bezahlbare Quartiere mit sauberer Luft sprechen, statt einen Autotunnel für 600 Mio. € zu bauen. Absurd sei in seinen Augen, dass der Gemeinderat sich zunächst mit dem konkreten Projekt auseinandersetze und erst im Mai auf einer Klausurtagung über die Strategie der Stadtentwicklung diskutieren wolle. Seine Fraktionsgemeinschaft lehne das Verfahren nicht nur wegen S 21 ab. Es sei überhaupt nicht klar, ob die Fläche jemals frei werde. Auf der bereits freien Fläche könnte man jetzt schon bis zu 1.000 Wohneinheiten bauen - ohne S 21.

Bei der Strategiediskussion im Gemeinderat werde es darum gehen, wie man die Stadt mit ihrer Kessellage an den unaufhaltsamen Klimawandel anpassen könne. In der Bürgerbeteiligung sei der Wunsch nach Wasser betont worden. Stattdessen solle nun an klimarelevanter Fläche zusätzlich gebaut werden.

Doch nicht nur inhaltlich, auch formal sei das Verfahren schlecht gemacht. Nach der Definition von Sherry Arnstein handle es sich hier um eine Scheinbeteiligung und er finde es bedenklich, wenn die kritischen Stimmen, die auf die ungelösten Stellen bei S 21 hinwiesen, mit dem Hinweis auf die Mehrheitsentscheidung zum Schweigen gebracht würden.

StRin von Stein (FW) merkt an, es gehe zunächst um eine "Ideen- und Sehnsuchtsammlung", die in den nächsten Jahren konkret umgesetzt werden müsse. Auch sie beziehe sich auf den gemeinsamen Antrag, in dem die dafür benötigten Grundlagen nochmals betont würden. Damit wolle man auch diejenigen wertschätzen, die sich in die Bürgerbeteiligung eingebracht hätten. An StR Rockenbauch gewandt erklärt sie, aufgrund der umfangreichen Vorarbeiten, die bei Aufstellung eines Bebauungsplans vorausgingen, sei sie sicher, dass Aspekte wie Naturschutz und Klima ausreichend berücksichtigt seien. Sie habe deshalb auch wenig Zweifel, dass man der Stadt Schaden zufüge, indem man etwas zubaue. Ihre Fraktion stimme der Vorlage ebenfalls gerne zu.

Auf die "gigantische Gestaltungsfläche von maximal 85 ha" im Herzen der Stadt weist StR Klingler (AfD) hin. Seine Fraktion sehe auch eine Befriedung in der Bürgerbeteiligung, in der erkennbar nicht nur monetäre und investorische Gründe im Vordergrund stünden, sondern in der man gemeinsam nach einem modernen und zukunftsfähigen Standort für Wohnen und Arbeiten mit einem gesunden Mix aus verschiedenen Wohnformen suche. Wünschenswert wäre eine stärkere Beteiligung, doch könne man niemanden zwingen. Die Bürgerbeteiligung führe zu einer Ideensammlung für Politik und Verwaltung.

Kritisch betrachte auch seine Fraktion den Standort der Ausstellungsfläche. Man habe bei S 21 den großen Fehler gemacht, die Präsentationen nicht dort zu zeigen, wo die Menschen sich aufhielten, sondern an abgelegenen Orten wie dem Bahnhofsturm. Richtig wäre stattdessen ein Pavillon auf dem Schlossplatz gewesen. Und auch jetzt plädiere seine Fraktion für einen Standort auf dem Schlossplatz oder der Königstraße. Selbst wenn die Fläche hinter dem Rathaus durch den Neubau aufgewertet werde, befinde sie sich immer noch hinter dem Rathaus. Auch er signalisiere Zustimmung zur Vorlage.

StR Conz (FDP) bedauert die eher schwache Bürgerbeteiligung, die zu einer relativ langen Liste von sich teilweise widersprechenden Wünschen geführt habe. Es sei auch eine Sammlung des Zeitgeistes. Diesen müsse der Gemeinderat dann gegen die Vernunft und Zukunftsfähigkeit abwägen, da man das Quartier nicht nur für die nächsten 20 oder 30 Jahre baue. Wichtig sei, dass man die Bürger mitnehme. Dafür brauche man eine sehr gute Präsentationsfläche in 1a-Lage - und die sei nicht hinter dem Rathaus.

StR Dr. Schertlen (STd) äußert die Hoffnung, dass es in diesem neuen Viertel nicht so weit komme, dass man wie im Europaviertel über den Einsatz von Streetworkern diskutieren müsse. Er entnehme der Vorlage als Fazit, dass man insbesondere die Wohnbebauung zu einem Großteil in die Hände von Baugemeinschaften oder ähnlichem geben sollte, um bezahlbaren Wohnraum herzustellen. Angesichts des Wunsches der Bürgerinnen und Bürger nach einem Viertel mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität weist er auf die "Agenda RO5ENSTEIN" der STAdTISTEN hin, die von namhaften Institutionen unterzeichnet sei und anregt, 5 ha der freien Fläche für vorwiegend künstlerische und kulturelle Nutzung zur Verfügung zu stellen, z. B. mit einem Kunst- und Kulturhaus Rosenstein. Er stimme der Vorlage zu.

OB Kuhn stellt abschließend fest:

Der Gemeinderat beschließt bei 6 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich den in Ziffer 3 wie folgt ergänzten Beschlussantrag: "... ersten Maßnahmen **bis zur Sommerpause 2017** zu erarbeiten."

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
Amt für Umweltschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AK
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 5. Referat T
 6. BVinnen Mitte, Nord, Ost
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN